:antifaschistische nachrichten Nr. 25-26

g 3336 15.12.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

## Schönhuber gestorben

Der Gründer der rechtsextremen Partei „Die Republikaner“, Franz Schönhuber, ist tot. Das hat der bayerische Landesverband der „Republikaner“ am Montagabend bestätigt. Schönhuber erlag nach Angaben aus seinem Umfeld in der Nacht zum Sonntag einer Lungenembolie in Folge einer verschleppten Grippe.

1983 hatte Schönhuber mit den kurz zuvor aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt die „Republikaner“ gegründet, deren Vorsitzender er bis 1994 blieb. 1989 zog die Partei ins Berliner Abgeordnetenhaus und mit Schönhuber ins Europaparlament ein. 1995 kam es zum Bruch: Nach jahrelangem Richtungsstreit und Querelen um seinen Führungsstil kehrte er der Partei den Rücken.

Nach seiner Abkehr von der Partei bemühte sich Schönhuber vergeblich um den Aufbau einer europäischen Rechts-Bewegung. Schon 1998 ließ er sich von Gerhard Frey als Zugpferd für dessen rechtsextreme DVU im Bundestagswahlkampf gewinnen. Zuletzt trat er für die rechtsextreme NPD als Bundestagskandidat bei der Nachwahl in Dresden an.

*kun* ■

# Unheilige Allianzen –

## Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus

**Neonazistischer Black Metal hat sich zu einem der musikalischen Trends innerhalb des Spektrums entwickelt. Der V7-Versand aus Grevesmühlen, der zu den größten deutschen RechtsRock-Versänden zählt, bietet in seinem Sortiment nicht nur Produkte neonazistischer Skinhead-Bands an, sondern ebenso Gruppen wie Absurd, Totenburg und Pantheon, die allesamt aus dem Bereich Black Metal stammen. Inhaltlicher Schnittpunkt von Glatzköpfen und Langhaarigen ist der Bezug auf das neogermanische Heidentum.**

### Auf Worte folgen Taten – Black Metal entsteht

„Black is the night, metal we fight, Power amps set to explode. Energy screams, magic and dreams, Satan records the first note”, sang 1982 Cronos von der Band Venom im Titeltrack des gleichnamigen Albums „Black Metal“. Mit dem Titel verhalfen die Briten jenen Bands, die zu Heavy-Metal-Musik über Teufelsanbetung, Blasphemie und Dämonen sangen, zu einer eigenen Genrebezeichnung. Venom wollte allerdings mit einem satanistischen Auftreten vor allem schockieren und die Öffentlichkeit provozieren.

Mit der Renaissance des Black Metal in Skandinavien wurde aus spielerischem Spaß blutiger Ernst. Die Protagonisten dieser ‚zweiten Generation‘ inszenierten sich als absoluten Gegenpol zu einer christlich-humanistischen Gesellschaft. Offen lehnten sie deren Wertekanon ab und lobten all das, was als ‚evil‘ (böse) galt. Das ‚Gute‘ – nach christlicher Definition vor allem die Ideale der Nächstenliebe, der Gnade und der Vergebung – wurden abgelehnt.

Die 1992 veröffentlichte Platte „A blaze in the northern sky“ der aus Norwegen stammenden Gruppe Darkthrone läutete auch musikalisch die neue Ära des Black Metal ein. Verzerrte Gitarren, infernalisches Kreischen und der Wechsel von rasend schnellen mit schleppenden Rhythmen; der brachiale Krach und ein rauer Sound prägten fortan den Stil. Die Mitglieder von Darkthrone zeigten sich auf Fotos ganz in schwarz gekleidet und mit geschminkten Gesichtern, dem so genannten Corpse Paint. Das Gesicht wird mit der Farbe weiß abgedeckt und die Partien um die Augen und die Mundwinkel werden schwarz nachgezeichnet, um den morbiden Ausdruck zu unterstützen.

Gemeinsame Bezugsperson der Musiker, die sich zu Beginn der 1990er-Jahre dem Black Metal verpflichtet fühlten, war Euronymous (Oystein Aarseth), Kopf der Band Mayhem. Sein im Sommer 1991 in Oslo eröffneter Plattenladen „Helvete“, zu deutsch Hölle, wurde zum Treffpunkt der sich entwickelnden Szene. Der Kreis derer, die sich dort zusammenfanden, wurde später als der „Svarte Sirkel“ bekannt. Für die Fans war diese ‚selbsternannte Führungsriege‘ der Black-Metal-Szene authentisch, da sie im Kampf gegen das Christentum den Worten Taten folgen ließen. Etliche Protagonisten der Szene standen später vor Gericht. Die Anklagen reichten von Brandstiftung, Friedhofsschändung, unerlaubtem Besitz von Sprengstoff bis hin zu Vergewaltigung und Mord. 1993 führte der Mord an Euronymous durch seinen ehemaligen Weggefährten Varg Vikernes von der Band Burzum zu einem großen Medienecho. Vikernes wurde dafür zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Black Metal galt fortan als die ‚unheilvollste Musikform‘ der Geschichte.

*Fortsetzung Seite 3*

**Globalisierung und Prekarisierung der Arbeit: Nährboden für extrem rechte Orientierungen?**

***Prof. Dr. Klaus Dörre, Jena***

**Die Ethnisierung sozialer Konflikte – Antworten der Regierenden und der Rechten**

**Beispiel Frankreich:** ***Bernhard Schmid, Paris***

**Beispiel Deutschland:** ***Dr. Kemal Bozay, Köln***

**Samstag, 4. Februar 2006**
**14.00 Uhr**

**Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache**
**Melchiorstr. 3, Großes Forum**

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
Infos: Tel. 0221 - 21 16 58

Die nächste Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten Nr. 1-2006 erscheint am 12. Januar 2006

## Schlagende „Genossen"

BERLIN. Der auf dem Karlsruher SPD-Parteitag formulierte Auftrag an den SPD-Parteivorstand, wonach Angehörige von Studentenverbindungen nicht mehr Mitglieder der SPD sein dürfen, hat bei den angesprochenen Akademikerverbänden Proteste ausgelöst. Die „Deutsche Burschenschaft", Dachverband von – nach eigenen Angaben – 120 Burschenschaften sprach von „haltlosen Unterstellungen". Der „Coburger Convent" kündigte an, dass Mitglieder des Verbandes beim SPD-Parteivorstand intervenieren wollen.

Der katholische „Cartellverband" (CV) zeigte sich ermpört. In einem Interview mit der „Jungen Freiheit" (48/05) äußerte der ehemalige FDP-Fraktionschef der SPD in NRW, Friedhelm Farthmann, selbst Mitglied der „Königsberger Burschenschaft Gothia zu Göttingen", er warte schon darauf, dass ihm ein „ewiger Student" oder anderer „halbgarer Witzbold" seine sozialdemokratische Gesinnung absprechen wolle. SPD-Funktionäre, die das „Dogma der Unvereinbarkeit vertreten und damit Gesinnungsschnüffelei und Blockwartdenken fördern", hätten „vom Kernanliegen der Sozialdemokratie nichts verstanden". Farthmann, Autor des Buches „Blick voraus in Zorn", war in der Vergangenheit wiederholt von der „Junge Freiheit" interviewt worden und erhielt 2001 den „Herbert-Gruhl-Preis" der „Herbert-Gruhl-Gesellschaft". *hma* ■

## Irving weiter in Haft

ÖSTERREICH. Der kürzlich in Österreich verhaftete britische Geschichtsrevisionist David Irving bleibt mindestens bis zum 23. Dezember in Haft. Dann wird im Rahmen eines Haftprüfungstermins erneut darüber entschieden, ob Irving auch weiterhin im Gefängnis bleiben wird. Der Prozess gegen Irving wegen mehrfachen Verstoßes gegen das NS-Wiederbetätigungsgesetz soll bereits Anfang nächsten Jahres eröffnet werden.

*hma* ■

## Kurzes Gastspiel

HAMBURG. Die „Landsmannschaft Ostpreußen" als Herausgeberin der „Preußischen Allgemeinen Zeitung / Ostpreußenblatt" hat sich „aus Gründen, die sich einer öffentlichen Diskussion entziehen" entschieden, die Zusammenarbeit mit dem Journalisten Clemens Range „nicht fortzusetzen", hieß es unlängst kurz und knapp im „Ostpreußenblatt". Erst im Sommer diesen Jahres war der Major der Reserve als Nachfolger von Hans-Jürgen Mahlitz in das Amt des Chefredakteurs eingeführt worden. Ein Nachfolger ist derzeit noch nicht in Sicht. Das Amt des Chefredakteurs wird zur Zeit kommissarisch von Hans-Jürgen Mahlitz ausgeübt.

*hma* ■

## „Offensive D" tagte

MAGDEBURG. Unter dem Motto „Mein Land, dein Land, Deutschland führen" hat Ende November der Bundesparteitag der „Offensive D" in Wittenberg stattgefunden. Dort wurde der bisherige Bundesvorsitzende, Markus Wagner, Unternehmer aus Bad Oeynhausen, in seinem Amt bestätigt.

Erster stellvertretender Bundesvorsitzende der „Offensive D", die aus der „Partei Rechtsstaatliche Offensive" (PRO) hervorgegangen ist, wurde Peter Alexander von der Marwitz. Als weitere Stellvertreter wurden Wolfgang Jabbusch, Klaus-Dieter Ahlf und Wolf Peter Dräger gewählt. Die Geschäftsstelle der Partei wurde von Berlin nach Magdeburg verlegt. *hma* ■

## „Euro-Rechte" in „Zur Zeit"

ÖSTERREICH. Nach dem konspirativen Treffen neofaschistischer und rechtsextremer Parteien in Wien (siehe AN 24-2005) widmet sich Zur Zeit schwerpunktmäßig den freiheitlichen BündnispartnerInnen. In der aktuellen Ausgabe findet sich u. a. ein Interview mit Volen Siderov, dem Vorsitzenden der bulgarischen Partei Ataka. Dieser will Bulgarien vom „Diktat des Internationalen Währungsfonds" befreien, die „Privatisierung rückgängig" machen und die „bulgarische Wirtschaft" wieder in „bulgarische Hände[n]" geben.

Siderov fordert ein Verbot von „türkische[n] Nachrichten im landesweiten Fernsehen" und will „die Menschen über die Verbrechen der Minderheit der Zigeuner" aufklären: „Die Minderheit der Zigeuner ist ein großes Problem in Bulgarien, weil sie außerhalb des Gesetzes lebt und täglich eine Vielzahl von Verbrechen verübt. [...] die Zigeuner wollen sich nicht in die bulgarische Gesellschaft integrieren und wollen nicht lernen zu arbeiten. [...] Und leben wie Schmarotzer." (Zur Zeit 46/2005, S. 12)

Ein weiterer Gast beim „Patriotentreffen", Bruno Gollnisch vom Front National (FN), schreibt in einer Kolumne: „Denn was von nun an bedroht ist, ist die Substanz selbst unserer Zivilisation und unserer Identität. Bedroht von außen durch die Ausländerflut, von innen durch unsere eigene Dekadenz. [...] Wir lehnen sowohl Sozialismus als auch Marxismus ab [...] als auch den vaterlandslosen Kapitalismus." (Ebenda)

*Neues von ganz rechts*
*www.doew.at* ■

## Antisemitismus im Stadion

DRESDEN. Offensichtlich kann der Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus in diesem Lande immer ungestörter agieren. Obiges Foto wurde aufgenommen am 5.12.2005 im Dresdner Rudolf-Harbig-Stadion beim Zweitliga-Ostderby Dynamo Dresden gegen Energie Cott-

bus. Wie ein Sprecher der Dresdner Polizei erklärte, ist das Transparent sichergestellt" und der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Das Banner war in der ersten Halbzeit im Fanblock von Energie Cottbus ausgerollt. Das D im Schriftzug und in den seitlich platzierten Davidsternen entspricht dem Vereinslogo von Dynamo Dresden. Der „Fanarbeitskreis des PC Energie Cottbus" distanzierte sich in einem offenen Brief von dem Vorfall und den noch nicht ermittelten Tätern. Die Zurschaustellung des Banners sei „negativer Höhepunkt" einer Reihe von Vorfällen beim Ostderby gewesen. Die Fahne „und das damit in Verbindung zu bringende Meinungsbild" sei „weder Ausdruck des Denkens noch des Handelns der insgesamt intakten Cottbuser Fanszene". Man könne es sich „nicht mehr" erlauben, „die Augen vor diesen Personen zu verschließen". Die Ersteller des Banners konnten am Montag offenkundig auf die Mithilfe einer Reihe von Energie-Fans zählen, denn nach Angaben des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) wurde das Banner zunächst „nach hinten durchgereicht", als die Stadionordner versuchten, es zu konfiszieren. Es habe daher keiner Person zugeordnet werden können. *Quelle: Südd. Zeitung, 8.12.2005* ■

## Nazis greifen Konzert in Neuss an

NEUSS. Am Freitag, 18.11., griffen ca. 25 Nazis ein Punkrockkonzert im Neusser Norden an. Im Geschwister-Scholl-Haus, einem Jugendzentrum mit regelmäßigen Veranstaltungen fand an diesem Abend ein Konzert statt. Gegen 23.00 Uhr fanden sich vor dem Gebäude 20 - 30 Nazis ein und begannen mit rechtsradikalen Parolen zu provozieren. Im Laufe der Zeit sammelten sich ca. 30 Besucher des Konzerts, wurden jedoch vom Veranstal-

*Fortsetzung S. 4*

ter massiv daran gehindert, gegen die Nazis vorzugehen. Die zum Teil mit Messern bewaffneten Nazis hatten zu diesem Zeitpunkt schon damit begonnen, Flaschen aus einem Container auf die Punks zu werfen. Verletzt wurde zum Glück wohl niemand. Die vom Konzertveranstalter gerufene Polizei kam ca. 40 Minuten nach Beginn des Angriffs, daraufhin zogen sich die Nazis zurück und sammelten sich an einer nahe liegenden Bushaltestelle. Einzelne Personen, die sich zu dem Zeitpunkt in der Nähe der Haltestelle aufhielten wurden beschimpft und z.T auch tätlich angegangen. Die Polizei war nur mit zwei Streifenwagen anwesend und weigerte sich in irgendeiner Art gegen die Nazis vorzugehen. So wurden weder Anzeigen aufgenommen, noch versucht für die Sicherheit von Konzertbesuchern zu sorgen.

Für Neuss stellt dieser Vorfall einen Höhepunkt von Naziaktivitäten dar. In den letzten Monaten konnte man zunehmend Nazis in der Stadt antreffen, diese können sich auch mit „Landser" T-Shirts, SS-Totenköpfen etc. offen auf der Straße bewegen. Auch finden sich seit einigen Monaten Homepages einer „Kameradschaft Neuss" sowie des „Widerstands Neuss" im Netz.

Aufgrund der Vorfälle im Schollhaus werden dort wohl keine Konzerte mehr stattfinden. Anwohnern, Stadt, Polizei und Ordnungsamt sind die Veranstaltungen schon länger ein Dorn im Auge. Bis jetzt kam es in Neuss nicht zu nennenswerten Antifaaktionen, vielleicht braucht es erst so einen traurigen Anlass, um das zu ändern. *Quelle: indymedia* ■

## Neonazi-Konzert gegenüber der Polizeiwache

HEPPENHEIM. Am Samstag, den 3.12., fand in Heppenheim in der „Oase" abends ein Neonazikonzert statt. Es spielten zwei Bands. Die eine namens „Störmanöver" coverte u.a. ein Lied, in dem es heißt: „Wir sind die Richter der Straße und ihr blutiges Gesetz. Es wird gnadenlos gejagt, der, der es verletzt."

Darüber hinaus wurden auch Lieder der Band „Landser" gespielt. „Landser" war als erste Band als kriminelle Vereinigung eingestuft und ihre Mitglieder entsprechend verurteilt worden. „Etwa jedes zweite Stück auf einer ‚Landser'-CD verstößt gegen Strafgesetze", so der Vorsitzende Richter des Bundesgerichtshofs Klaus Tolksdorf (taz 11.3.05).

Die Band hatte sich auch selbst als „Terroristen mit E-Gitarre" bezeichnet, ihre Musik lief in Guben und Dessau vor und während zweier Morde durch Neonazis – ein weiterer Indikator dafür, welche Gefahr für alle, die nicht ins Weltbild der Neonazis passen, von solchen Veranstaltungen ausgeht. Besucher des Konzertes waren u.a. Mitglieder der örtlichen Kameradschaften (Nibelungensturm Odenwald, Kameradschaft Bergstraße) sowie einer Kameradschaft aus Baden. Man hatte sich nach dem Naziaufmarsch in Rastatt zum gemeinsamen Ausklang in Heppenheim zusammengefunden.

Dies ist bereits die zweite Veranstaltung dieser Art im Kreis Bergstraße innerhalb eines Monats, bereits am 5. November hatte in Mitlechtern/Rimbach ein als Verlobungsfeier getarntes Konzert stattgefunden. Auch das Konzert in Heppenheim war als „private Party" angemeldet. Dem widerspricht allerdings, dass u.a. Eintritt verlangt wurde. Besonders brisant ist, dass es sich bei dem Veranstaltungsort um die Räumlichkeiten der städtischen Jugendpflege handelt.

Obwohl sich die verantwortliche Jungendpflegerin sehr darum bemüht, potentielle Mieter genauer unter die Lupe zu nehmen, ist es der extrem rechten Szene einmal mehr gelungen, unproblematisch an Räumlichkeiten zu kommen. Es stellt sich die Frage, wie viele Konzerte und Partys die lokale Neonaziszene noch durchführen kann, bis Vermieter und Polizei zur Abwechslung einmal im Vorfeld einschreiten. Immerhin hat die städtische Jugendpflegerin, am Sonntag über die Angelegenheit informiert, sichtlich betroffen versichert, rechtliche Schritte gegen den Anmieter der „Oase" zu prüfen. Nichtsdestotrotz, obwohl die Veranstaltung nur mäßig gut besucht war, ist es nicht hinnehmbar, dass hier aller Wahrscheinlichkeit nach über Stunden hinweg Volksverhetzung betrieben wurde – und das direkt gegenüber der Polizeiwache. Dieser Unverfrorenheit des Veranstalters zollten sogar die rechtsextremen Besucher des Konzertes Respekt.

*Tim Weber Pressesprecher der Antifa Bensheim* ■

## Nazi-Angriff auf Schüler in Weimar

**Presseerklärung der Klasse 9 a der Musäusschule in Weimar West**

Ein 15-jähriger Schüler unserer Klasse, der 9 a der Musäus-Schule in Weimar West, ist von Neonazis angegriffen und brutal zusammengeschlagen worden.

Wir sind wütend und empört und wollen die Öffentlichkeit darüber informieren. Am Mittwoch, 30. November 2005, um ca. 14.30 Uhr überquerte unser Mitschüler den Bahnübergang zwischen Weimar-West und Röhrstraße. Etwas weiter, fast an der Ecke Röhr-/Huttenstraße, begegneten ihm zwei sichtlich rechtsgerichtete junge Männer. Der eine von ihnen, ca. 20 Jahre alt, 1,90 Meter groß, blonder Oberlippen- und Kinnmuldenbart und von oben bis unten in Tarnklamotten (Jacke, Hose, Basecap) gekleidet, pöbelte ihn an mit den Worten: „Was glotzt du so, du hässlicher Judenmutant." Dann schlug er unserem Klassenkameraden zweimal mit der linken Faust ins Gesicht, verletzte ihn an der Nase und warf ihn dann erst an einen Gartenzaun und dann noch drüber. Unser Klassenkamerad wurde dabei verletzt, hatte starkes Nasenbluten und musste zwei Tage krankgeschrieben werden.

Obwohl er schon an jenem Mittwoch Anzeige bei der Polizei erstattete, ist der Vorfall bisher nicht öffentlich geworden.

Dabei ist es schon öfter zu solchen Pöbeleien gekommen, einige unserer Schulkameraden und –kameradinnen waren in der Vergangenheit davon betroffen.

Diesmal ist es richtig ernst geworden!

Wir, die Klasse 9 a der Musäus-Schule in Weimar West, wollen dafür sorgen, dass so etwas nicht wieder passiert oder zum Alltag wird. Wir appellieren an die Öffentlichkeit gegen gewalttätige Neonazis vorzugehen.

*über Netzwerk gegen rechts,*
*email: weimar-gegen-rechts@web.de*
*www.weimar-zeigt-sich.de* ■

**Gerade sind die informationen Nr. 62 erschienen. In vier Beiträgen wird das Schwerpunktthema „Rückkehr in ein fremdes Land" beleuchtet:**
**Hermann Unterhinninghofen beschreibt die schwierige Situation der Überlebenden und die solidarische Hilfe aus der Schweiz anhand von Unterlagen, die Alfred Hausser dem Studienkreis vor einiger Zeit übergeben hat und nun in der CSS-Datenbank der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung stehen. Zwei Überlebende –Trude Simonsohn und Peter Gingold – berichten über ihre Erfahrungen in den ersten Jahren nach der Befreiung. Christine Krause rekonstruiert die Debatte um Antisemitismus, Rückkehr und Wiedergutmachung, die von der Bewegung Freies Deutschland im mexikanischen Exil geführt wurde. Der Beitrag von Monique Brinks über die Groninger Rote Hilfe leitet das Thema ein, das auch die beiden nächsten Ausgaben der informationen bestimmen wird: Der Widerstand gegen den deutschen Faschismus in seiner europäischen Dimension.**
**Die informationen Nr. 62 sind zum Preis von 5.50 zuzüglich Porto zu beziehen beim: Studienkreis deutscher Widerstand, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt am Main, www.studienkreis-widerstand-1933-45.de**

*Fortsetzung von Seite 5*

so wird man kaum umhin kommen, die DB als völkisch-nationalistisch zu bezeichnen. Die konservative Fraktion der DB hat sich in Form der NDB 1996 schon vor Jahren eben deshalb abgespalten.

Trotzdem gilt bisher innerhalb der Korporierten immer noch „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich." Kein einziger Dachverband von schlagenden oder nichtschlagenden Verbindungen, von konservativ-liberalen oder betont christlichen Verbänden, nahm den geplanten Unvereinbarkeitsbeschluss bisher zum Anlass, sich von der völkischen DB zu distanzieren. Im Gegenteil, der CDA, wichtigster Zusammenschluss von korporierten Dachverbänden, dem auch die DB angehört, „verwahrte sich im Namen von rund 100 Studentenverbindungen mit ca. 150.000 Mitgliedern mit Entschiedenheit gegen die in der Antragsbegründung enthaltenen pauschalen Verunglimpfungen."

Einzig die elitären Corps aus WSC und KSCV hielten sich bisher mit Stellungnahmen auffallend zurück. Sie sind die einzigen schlagenden Dachverbände, die bisher öffentlich auf Distanz zu der DB gingen. 1998 erklärten sie: „ In den Burschenschaften gibt es nämlich eine Reihe von Verbindungen, in denen nachweisbar rechtsextremes und nationalistisches Gedankengut vertreten wird und in denen frauenfeindliche und rassistische Ideen fröhliche Urstände feiern."

Diese Abgrenzung ist zu begrüßen, auch wenn sie vor Ort an einzelnen Hochschulen bisher noch nicht umgesetzt ist.

Personell wird der geplante Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD wenig Konsequenzen haben, es gibt kaum Genossen in der DB und für diese wird dann die Ausnahmeregelung Anwendung finden. Politisch lässt sich der Beschluss für die Linke jedoch nutzen. Sie kann den Beschluss nutzen, um die Burschenschaften auf dem Campus weiter zu isolieren und Stellungnahmen anderer Korporationen einfordern. Zukünftig wird es hoffentlich keinem SPD- oder gar PDS-Mitgliedern mehr einfallen, auf Burschenschaftshäusern zu referieren.

Und in Koalitionen auf Bundes-, Landes- oder Gemeinde-Ebene werden sich SPD-Politiker fragen lassen müssen, warum sie hier mit Alten Herren der DB in der CDU zusammenarbeiten, zu der die Partei offiziell einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefällt hat.

Es bleibt also zu hoffen, dass dem Antrag im Februar 2006 entsprochen wird. Ebenso wie der Initiative der Berliner Jusos, dass Sozialdemokraten zukünftig nicht mehr mit der „Jungen Freiheit" zusammenarbeiten sollen.

*erk* ■

# Schon mal da gewesen...
# „Du bist Deutschland"

**Peinlich, aber bezeichnend – die dreistdümmliche und laut Bundesregierung angeblich 30 Millionen-Euro-schwere gemeinnützige PR-Kampagne „Du bist Deutschland" mutierte ausgerechnet in Ludwigshafen zur geschichtsträchtigen Realsatire:**

Vor 70 Jahren machten hier schon einmal führende Leute aus Politik und (Chemie)-Wirtschaft mit einem fast identischen Spruch ebenfalls „gemeinnützige" (Volks-)Werbung – damals mit dem Konterfei eines „Herrn" Adolf H. aus B. Vor einigen Tagen zirkulierte der fotografische Nachweis in Form eines Schwarzweiß-Bildes im Internet.

Veröffentlicht wurde dieses Foto nach dem Zweiten Weltkrieg zum erstenmal 1999 in einem schmalen Band mit dem Titel „Ludwigshafen – ein Jahrhundert in Bildern". Hier wurde das Motiv aus dem Jahre 1935 abgebildet: Bäume sind zu sehen, ein großer Platz, rechts und links Uniformierte. In der Bildmitte ein überdimensioniertes Porträt von Adolf Hitler, darunter weit sichtbar, in altdeutschen Lettern, auf einem großen Spruchband die demagogischen Worte: „Denn Du bist Deutschland."

Dieser Nazispruch sei „eine unschöne und auch peinliche Parallele", äußerte sich dazu beispielsweise ein gewisser Johnny Häusler im Internet Blog Archiv „Spreeblick". Hier melden sich inzwischen nichtkonforme Jugendliche in Form einer kreativen Gegenkampagne zu Wort.

Die seltsame Ähnlichkeit zu der „Du-bist-Deutschland"-Kampagne ist dem Ludwigshafener Autor des Buches, Stefan Mörz, sofort aufgefallen. („Jedes Mal, wenn ich den Spot im Fernsehen sehe, muss ich an dieses Bild denken".) Dem Historiker und Leiter des Ludwigshafener Stadtarchivs liegen weitere Fotoaufnahmen aus den damaligen Nazitagen vor. Sie belegen, dass am Aufnahmetag führende NSDAP-Größen wie Hermann Göring und Joseph Goebbels in der Ludwigshafener Innenstadt für Nazi-Deutschland propagandistisch tätig waren.

Zur Erinnerung: Die PR-Kampagne „Du bist Deutschland" wurde im Rahmen der Initiative „Partner für Innovation" ins politische Leben gerufen. Diese Vereinigung wurde von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften (unser DGB-Kollege Sommer lässt mal wieder grüßen) im Januar 2004 gegründet. Anlass war eine Einladung des (Alt-)Bundeskanzlers Schröder.

Zu den federführenden Mitgliedern von „Partner für Innovation" gehören insbesondere Vertreter namhafter Unternehmen. Für den Ludwigshafener BASF-Konzern ist dies beispielsweise Eggert Voscherau (stellv. Vorsitzender des Vorstands); er rührt ebenfalls wie sein Medienkollege Günter Thielen (Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG) federführend die Propaganda-Trommel für eine unternehmensorientierte Deutschlandpolitik.

„Du bist Deutschland" soll eigentlich noch bis Januar 2006 laufen. Umgesetzt wird die PR-Kampagne unter Leitung von Bertelsmann von 25 führenden Medienunternehmen. TV-Spots und Anzeigenmotive werden von Großverlagen wie Springer („Bild", „Welt"), Süddeutscher Verlag, Bauer und Burda sowie allen überregionalen Fernsehstationen inklusive Premiere kolportiert (und danach steuerlich als Spende abgesetzt). PR-AKTIV sind also die allseits bekannten medialen „Lautsprecher", die seit Jahr und Tag unverdrossen tönen, dass es angeblich keine Alternative zu Sozialabbau, Privatisierungen, Mehrwertsteuererhöhung usw. geben kann.

In Ludwigshafen stellt sich noch die Frage, ob nach dem Imageschaden von „Du bist Deutschland" die Tageszeitung „Rheinpfalz", die in allen pfälzischen Landesteilen erscheint, es sich jetzt noch getraut, eine dieser skandalumwitterten Kampagnen-Anzeigen in der Region zu veröffentlichen. Dazu wäre sie im weitesten Sinne eigentlich aus kollegialen Partnergründen „innovativ" verpflichtet – immerhin ist die „Rheinpfalz" das älteste Unternehmen der Ludwigshafener Medien-Union, die wiederum als Verlagsholding still und leise seit der Wiedervereinigung unter den 10 größten Großverlagen in Deutschland zu finden ist. *HJE* ■

# Neonazi-Aufmarsch in Karlsruhe mit friedlichem Protest verhindert

**Samstag, 3. Dezember in Karlsruhe – ein Tag der öffentlich bekundeten Demokratie. Weil die BürgerInnen deren Verteidigung in die eigenen Hände genommen hatten, blieb die Stadt von einem geplanten Neonazi-Aufmarsch verschont.**

Über 400 BürgerInnen waren dem Aufruf des Antifaschistischen Aktionsbündnisses zu einer Auftakt-Protestkundgebung auf den Kronenplatz gefolgt, die nach einem Umzug durch die Stadt auf dem Bahnhofsvorplatz mit über 1000 TeilnehmerInnen abgeschlossen wurde. Die Neonazis wollten zeitlich abgestimmt in Rastatt und danach in Karlsruhe mit einem Fackelzug aufmarschieren.

Dagegen hatte sich ein breites Bündnis aus 74 Organisationen und Gruppen einschließlich elf Bundes- und Landtagsabgeordnete gebildet. Dem Protest war eine eindrucksvolle Serie von Mobilisierungsveranstaltungen vorausgegangen, in denen über Faschismus und Neofaschismus aufgeklärt wurde.

Silvia Schulze und Elwis Capece vom Bündnis betonen in der Begrüßung, dass das Leitmotiv „Weiße Rose gegen braune Gewalt – ohne Nazis und Rassisten leben“ bewusst gewählt wurde, um einen breiten Protest im Zeichen des gewaltfreien Widerstands der Geschwister Scholl zu organisieren.

Werner Pfennig, Bundesvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten, erinnert an die fast 200 Neonazi-Morde in den letzten 15 Jahren und daran, dass vor 60 Jahren die zwölfjährige faschistische Gewaltherrschaft mit geschichtlich einmaligen Massenmorden an den europäischen Juden und an Andersdenkenden endete. Gegenüber alten und neuen Nazis könne es auch in einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft keine Toleranz und Duldung geben.

Martin Spreng, DGB-Regionsvorsitzender, geißelt Clements Vergleich von Hartz-IV-Empfängern mit „Parasiten“ als Terminologie des Dritten Reichs. Mit solchen Bildern, Mobbing gegen Erwerbslose, der millionenschweren Industrie-Kampagne „Neue soziale Marktwirtschaft“ und der täglichen Drohung, Betriebe ins Ausland zu verlagern, werde eine Spaltung der Gesellschaft bewirkt und Hass erzeugt. Die Folge: bei 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung haben sich rechtsextreme Einstellungen festgesetzt. Er wünscht sich von OB Fenrich eine juristisch konsequentere Bekämpfung der Neonazis.

Arno Neuber vom Friedensbündnis Karlsruhe spricht über das Vermächtnis der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, „den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten, eine Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen“. Hingegen drücke sich heute die Militärführung vor einer klaren Distanzierung zur Wehrmacht, ohne die die Nazis ihre verbrecherischen Kriege nicht hätten führen können. Der Umbau der Bundeswehr zur weltweiten Einsatztruppe ziehe Neonazis gerade zu an. Er appelliert daran, gegen weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr, Eingreifverbände und das

Kommando Spezialkräfte einzutreten und für eine Welt des Friedens, der Solidarität und der Gerechtigkeit. Johannes Stober von der SPD geht auf die Karlsruher WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus ein, beispielhaft auf den Kommunisten August Dosenbach, den Sozialdemokraten Ludwig Marum und den Zentrums-Politiker Reinhold Frank. Es gelte den Anfängen zu wehren und gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg Widerstand gegen Neonazis zu leisten.

Ganz im Gegensatz dazu die Handlungsweise der Stadt Karlsruhe, die sich OB Fenrich zurechnen lassen muss, angefangen mit einer unzureichenden Verbotsbegründung für den Neonazi-Aufmarsch, fortgesetzt mit dem unbegründeten Verbot der Gegenkundgebung auf dem großräumigen Bahnhofsvorplatz, endend in einer Verfügung, die Neonazis mittels weiträumiger Absperrung des gesamten Bahnhofsbereichs in der Zeit von 10 bis 22 Uhr zu schützen. Mit dieser Verfügung wäre die Bewegungsfreiheit aller BürgerInnen eingeschränkt worden. Dank der raschen rechtlichen Gegenwehr des Bündnisses wurde die Verfügung vom Verwaltungsgericht zurückgewiesen. Die Begründungen des Gerichts gegen die völlig überzogene Verfügung und die Beharrlichkeit des Bündnisses führten schließlich dazu, dass die Kundgebung doch wie von Anfang an geplant auf dem Bahnhofsvorplatz stattfinden konnte.

Der Einschätzung von Sicherheitschef Behnle im regionalen Fernsehen unter Hinweis auf Gewaltszenen in Rastatt, dass sein Verbot der Gegendemonstration auf dem Bahnhofsvorplatz in Karlsruhe gerechtfertigt war, muss energisch widersprochen werden. Wenn die Polizei – wie in Rastatt geschehen – Neonazis unter Anwendung von Gewalt schützt, z.B. durch Einkesselung von Gegendemonstranten, muss sie sich über Empörung und entsprechende Reaktionen nicht wundern. In Karlsruhe hat das gesamte Bündnis unter Einschluss der autonomen AntifaschistInnen erfolgreich gewaltfreien Protest demonstriert.

Festzuhalten bleibt im Ergebnis, dass der neonazistische „Doppelschlag im wilden Süden“ aufgrund der entschiedenen Gegenwehr der Antifaschisten in Rastatt und Karlsruhe in einem Fiasko endete. Demokratie und Antifaschismus haben gewonnen.

Das Karlsruher Bündnis wird seine Anstrengungen weiter verstärken, um den Neonazis am **28. Januar 2006** erneut die Rote Karte zu zeigen. Für diesen Tag haben die gleichen Neonazis erneut einen Aufmarsch angemeldet, ausgerechnet zwischen den Jahrestagen der Befreiung von Auschwitz und der Machtübertragung an den Hitlerfaschismus.

*Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe* ■

## Antifa Demonstration am 20. Dezember 2005 in Berlin - Neukölln

BERLIN. In Berlin-Neukölln sind rassistische und fremdenfeindliche Angriffe keine Seltenheit. Trotz der vielen hier lebenden Migranten/innen hat sich, insbesondere in den von Deutschen bewohnten Stadtteilen Rudow, Britz und Buckow, ein rassistisches Klima entwickelt, dass diese Übergriffe erst ermöglicht. Am 20. Dezember findet um 17 Uhr eine Demonstration von dem U-Bahnhof Johannisthaler Chaussee nach Rudow statt. Grund hierfür ist der offene Verkauf von Neonaziklamotten in den Gropiuspassagen und das offene Agieren von jungen Neonazis an der Spinne in Rudow. *David Wichera, Autonome Neuköllner Antifa (A.N.A.)* ■

view mit Valeurs actuelles vom 18. November klar dementiert: „Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit sagen, dass wir zu keinem Zeitpunkt eine Beteiligung religiöser Fundamentalisten an diesen Störungen der Ordnung bemerkt haben. (...) Man muss sich davor hüten, die aktuellen Unruhen durch ein konfessionnelles Raster zu interpretieren."

### Verschärfung der Ausländergesetze

Seitens der konservativen Politik bevorzugt man jedoch eindeutig eher eine „ethnisierende" Interpretation der Unruhen und ihrer Konfliktursachen und in diesem Zusammenhang wird eine erneute Verschärfung der Ausländergesetzgebung angestrebt. Bereits am 16. November hatte der Vorsitzende der UMP-Parlamentsfraktion, Bernard Accoyer, als Antwort auf die Unruhen angeregt, das bestehende Recht auf Familienzusammenführung für (legal in Frankreich) lebende Immigranten auf den Prüfstand zu stellen. Am Dienstag, 29. November stellten die führenden Regierungsmitglieder im Rahmen des, in dieser Legislaturperiode eingerichteten, „interministeriellen (ressortübergreifenden) Ausschusses zur Kontrolle der Einwanderung" (CICI) neue Maßnahmen zur Verschärfung der Gesetzgebung gegenüber in Frankreich lebenden Ausländern vor.

So sollen mit Franzosen oder Französinnen verheiratete Ausländer/innen erst nach vier Jahren den Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft beantragen können. Dieses Recht auf Übernahme der französischen Staatsangehörigkeit gab es früher automatisch, die konservative Rechte hatte es unter dem einstigen Innenminister Charles Pasqua mit einer Mindestfrist von zwei Jahren versehen. Diese Frist wird jetzt von zwei auf vier Jahre verlängert – wenn die Gesetzesvorschläge durch die Regierungspartei UMP umgesetzt werden. Entsprechende Gesetzesbestimmungen sollten noch im Laufe der ersten Jahreshälfte 2006 verabschiedet werden.

Natürlich darf die Ehe nach diesen vier Jahren noch nicht in die Brüche gegangen sein, was staatsanwaltlich überprüft werden wird. Seit dem neuen Einwanderungsgesetz, das Innenminister Sarkozy im November 2002 verabschieden ließ, können die Staatsanwälte bereits „gemischte" Eheschlüsse zwischen französischen und nichtfranzösischen Staatsangehörigen überprüfen und vorab, falls in ihren Augen der Verdacht auf eine „Scheinehe" besteht, hinauszögern. Doch parallel dazu stieg die Anzahl der „gemischten" Eheschlüsse im Ausland an, die der französische Staat – kraft der Anerkennung der Gesetze anderer Staate – bisher respektieren musste. Zukünftig soll den französischen Konsularbehörden im Ausland in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Kontrollfunktion zugesprochen werden. Der Konsul soll die zukünftigen Ehegatten „anhören" können, und im Falle eines Zweifels seitens der französischen Behörden wird die Staatsanwaltschaft im westfranzösischen Nantes – wo viele ausländerpolizeiliche Funktionen behördlich konzentriert worden sind – Einspruch gegen die Anerkennung des Eheschlusses auf französischem Boden erheben können. In diesem Falle kann nur ein durch die frisch Verheirateten erzwungener Entscheid eines französisches Richters dafür sorgen, dass ihre Ehe im Inland als rechtmäßig gilt.

Auch die Bedingungen für die Familienzusammenführung werden restriktiver ausgestaltet. Bisher konnte ein legal in Frankreich niedergelassener Einwanderer, sofern er bestimmte gesetzliche Bedingungen erfüllte – er muss etwa über hinreichenden Wohnraum und ein ausreichendes Einkommen zur Versorgung der Familienangehörigen verfügen – nach zwei Jahren den Ehepartner oder die Ehepartnerin sowie die gemeinsamen Kinder an seinen Wohnort nachziehen lassen. Diese Frist soll jetzt auf vier Jahre verlängert werden.

Premierminister Dominique de Villepin kündigte daneben an, „die Einhaltung des gesetzlichen Verbots der Polygamie" solle durch die Behörden streng überprüft werden. Das ist ohnehin seit 15 Jahren der Fall, aber das Scheinproblem der Polygamie war während der jüngsten Unruhen durch konservative Spitzenpolitiker zur angeblichen Hauptursache der Riots hochstilisiert worden. Die Polygamie befindet sich auf dem Rückzug und soll nach amtlichen Schätzungen noch circa 20.000 Familien (besonders schwarzafrikanischer Herkunft) betreffen.

Es dürfte erheblich mehr gebürtige Franzosen weißer Hautfarbe geben, die juristisch mit einer Dame verheiratet sind und faktisch mehrere schwängern, als im klassischen Sinne polygam lebende Einwanderer. Der französische Starkoch Paul Bocuse brüstet sich in einem längeren Interview in *L'Express* (vom 17. 11.) selbst damit, sein ganzes Erwachsenenleben hindurch mit drei Frauen zusammen gelebt zu haben, seiner Gattin und zwei festen Geliebten – und der Mann wird in der Zeitschrift als toller Hecht behandelt, nicht als barbarischer Frauenunterdrücker. Aber wehe, wenn er Senegalese gewesen wäre.

Schließlich sollen zwar weiterhin ausländische Studierende in Frankreich aufgenommen werden; das Land ist derzeit, mit rund 50.000 Studenten aus dem Ausland pro Jahr, nach den USA und Großbritannien, das drittgrößte Aufnahmeland für Akademiker im Zuge ihrer Ausbildung. Aber künftig soll noch stärker darauf geachtet werden, dass nur die Allerbesten kommen, die Elite. Die Kandidaten für ein Studium in Frankreich sollen bereits im Ausland, in sechs neu zu eröffnenden Zentren, nach Noten und „ihrem Projekt" ausgewählt werden. Bisher erhielten Bewerber für eine Ausbildung an einer französischen Universität eine Chance in Frankreich, sofern sie durch die Hochschulen akzeptiert wurden – aber soweit sie keine Erfolge in ihrem Studium vorweisen konnten, wurden ihre einjährigen Aufenthaltstitel nicht verlängert, sie selbst außer Landes gewiesen.

Als generelle Philosophie der künftigen Gesetze in diesem Bereich benannte Sarkozy am Dienstag in der Nationalversammlung den Gedanken: „Wir wollen jene nicht mehr, die man nirgendwo anders auf der Welt haben will" – also die Kategorie der Überflüssigen. Vor allem aber zog er einen direkten Zusammenhang zu den jüngsten Ereignissen: Die illegale oder unkontrollierte Einwanderung „schafft eine zerrissene, ghettoisierte Gesellschaft. Sie trägt so dazu bei, Hass und Gewalt auf unserem Staatsgebiet zu produzieren. Die Vorstadtgewalt, die wir einige Wochen lang erlebt haben, ist eine traurige Illustration dafür." Dabei zitiert die linksliberale Tageszeitung Libération vom Mittwoch einen Berater von Premierminister Dominique de Villepin mit den Worten:

„Unter den Personen, die infolge dieser Ereignisse (der Unruhen) festgenommen worden sind, sind 7,5 Prozent Ausländer, und ein winziger Anteil unter ihnen hat keinen gültigen Aufenthaltstitel."

Anders ausgedrückt: 92,5 Prozent der Beteiligten sind Kinder der französischen Gesellschaft und ihrer Probleme, ob ihre Vorfahren nun aus der Auvergne oder aus Algerien eingewandert sein mögen.

### „Positive Rolle des Kolonialismus": Die regierende Rechte lässt nicht locker

Ebenfalls am Dienstag, 29. November debattierte die französische Nationalversammlung auch über einen Antrag der Sozialdemokraten, der forderte, eine Passage in einem Gesetzestext vom 23. Februar 2005 nachträglich zu entschärfen. Das damals verabschiedete Gesetz hat die Regelung der Interessen von ehemaligen Kolonialfranzosen und Teilnehmern an den Kolonialkriegen, sofern sie im Zuge der Entkolonialisierung geschädigt wurden, zum Gegenstand. Zunächst hatte die Vorlage kein größeres Aufsehen hervorgerufen, da sie eher rein materielle Entschädigungsfragen zu behandeln schien. Wie die Öffentlichkeit erst im Nachhinein bemerkte, hatten Teile der regierenden Konservativen – vor allem ihr kolonialnostalgischer Flügel – im Laufe der Parlamentsdebatte weitaus brisantere Bestimmungen im Nachhinein in den Text eingefügt.

Besonders umstritten war und ist der Artikel 4 des Gesetzes, der die Forscher und die Lehrer in ihrem Unterricht dazu verpflichtet, „den positiven Beitrag der französischen Anwesenheit in Übersee, insbesondere in Nordafrika, zu würdigen". Diese „Anwesenheit" in Nordafrika bezeichnet vor allem den französischen Siedlungskolonialismus in Algerien (von 1830 bis 1962), wo in der Schlussphase eine Million Europäer und acht bis neun Millionen Araber und Berber in einem konfessionell überformten, brutalen Apartheidsystem lebten, unter dem sich die Rechtsstellung

# Informationsstelle Militarisierung warnt vor zivil-militärischer Zusammenarbeit und fordert Rückzug aus Afghanistan

**Rund 100 Besucher/innen und Vertreter/innen der sozialen Bewegungen kamen zum achten Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. am 19. und 20. November in Tübingen.**

Der diesjährige Kongress hatte den Titel „Friedliche Kriege? – Die Zivilisierung des Militärischen oder die Militarisierung des Zivilen". Die Veranstalter hatten dieses Thema gewählt, da die Militarisierung Deutschlands und der EU meist „humanitär" begründet wird und vormals ausschließlich zivil agierende Akteure immer häufiger direkt und indirekt in die militärischen Strategien eingebunden werden.

Der Kongress wurde mit einer Einführung in das Thema durch Daniel Weitbrecht und IMI-Gründungsmitglied Tobias Pflüger, parteiloser auf der Liste der PDS gewählter Abgeordneter im Europaparlament eröffnet. Unter dem Titel „Neue Bedrohungen – Neue Kriege" stellte IMI-Vorstand Jürgen Wagner politische und wissenschaftliche Legitimationsstrategien vor, die dem sich verstärkenden Interventionismus zu Grunde liegen. Diese Ansätze gehen im Wesentlichen davon aus, dass die Konflikte und humanitären Katastrophen primär durch die dortigen Akteure selbst verschuldet seien. Nur durch westliche Militärmissionen und die anschließende Integration in die neoliberale Wirtschaftsordnung, so die herrschende Argumentation, sei dauerhaft Stabilität und Entwicklung zu gewährleisten. Genau diese Wirtschaftsordnung und die von ihr verursachte Verarmung sind jedoch der entscheidende Faktor für die gewaltsame Eskalation von Konflikten, kritisierte Wagner, weshalb ein Teufelskreis von Intervention, Ausbeutung und Krieg entstünde.

Vor dem „Ende des Zivilen" warnte im Anschluss IMI-Beirat Christoph Marischka. Westliche Militärs stünden im Einsatz immer öfter Zivilisten gegenüber und der Umgang mit ihnen werde auch in den Militärstrategien immer wichtiger. Um den neuen „Bedrohungen" besser begegnen zu können, würden deshalb auch die „Sicherheits"-Politiker und Strategen zur Effektivierung ihrer Militär- und Kriegspolitik verstärkt auf die Integration von und die Zusammenarbeit mit vormals rein zivilen Trägern setzen, etwa der Entwicklungszusammenarbeit oder der humanitären Hilfe. Die Bereitschaft zu zivil-militärischer Zusammenarbeit ermögliche der EU erst, weltweit militärisch zu intervenieren. Solche Kooperationen führten auch dazu, dass zunehmend militärische Missionen aus den Töpfen für Entwicklungshilfe finanziert würden und diskreditierten sämtliche Ansätze einer neutralen, unabhängigen und rein zivilen Konfliktbearbeitung.

Tobias Pflüger konkretisierte dies anhand der Bundeswehr, für die laut eigener Homepage zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC, Civil Military Cooperation) ein integraler „Bestandteil der militärischen Operationsführung im Ausland" ist. CIMIC hat im Ergebnis nichts mit humanitärer Hilfe zu tun und dient ausschließlich „der Unterstützung und Effektivierung von Militäroperationen", wie Pflüger anhand von Bundeswehrdokumenten nachwies. Ein zentrales Element des Konzeptes sei insbesondere die Förderung der Marktwirtschaft, womit der Ausverkauf einheimischer Industrie an westliche Investoren einhergehe.

Besonders deutlich werde der Mechanismus anhand des Beispiels Afghanistan, weshalb ein sofortiger Rückzug der deutschen Truppen zu fordern ist. Insbesondere dass Deutschland im Zuge der dortigen Einsätze weiterhin einen Stützpunkt im usbekischen Termez betreibt, ist ein Skandal. Termez wird – obwohl ein rein deutscher Stützpunkt – von Truppen aus Nato- und EU-Ländern als zentraler Umschlagplatz genutzt. Die Bundeswehr arbeitet dort eng mit einem Land zusammen, das schwerste Menschenrechtsverletzungen begeht. Deshalb hat die EU Sanktionen gegen Usbekistan verhängt. Dieser Bundeswehr-Stützpunkt muss umgehend geschlossen werden, so die Forderung Pflügers.

Im Abendvortrag referierte taz-Redakteur Andreas Zumach über die „UN als Spielfeld der großen Mächte". In einem geschichtlichen Abriss machte er die Dominanz der USA sowohl im Sicherheitsrat als auch in der Vollversammlung deutlich. Vor allem die fortschrittlicheren Elemente der jüngsten UN-„Reform"bemühungen wären durch die USA, vertreten durch US-Botschafter John Bolton blockiert worden. Besonders warnte Zumach vor der dramatischen Erosion des Völkerrechts, die sich insbesondere in den Versuchen zeige, dass völkerrechtlich verbindliche Angriffsverbot immer weiter zu untergraben. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden vor allem Fragen zur eskalierenden Strategie gegenüber dem Iran laut. Zumach machte auf die eskalierende Rolle der EU gegen den Iran aufmerksam. Er warnte eindringlich vor der Gefahr eines atomaren Regionalkriegs.

In der Fortsetzung des Kongresses am Sonntagmorgen beschrieb Claudia Haydt, Vorstandsmitglied der IMI, am Beispiel Afghanistan, wie problematisch sich die Praxis zivil-militärischer Zusammenarbeit darstellt. Entwicklungshilfe werde inzwischen primär zur marktwirtschaftlichen Umstrukturierung und nicht zur Armutsbekämpfung genutzt, wie aus Papieren des Auswärtigen Amtes hervorgehe. Damit ein solcher „Wiederaufbau" funktionieren könne, seien aber zivile Experten unerlässlich, die allerdings eng an militärische Strukturen angebunden seien und von der afghanischen Bevölkerung de facto als Teil des Besatzungsregimes wahrgenommen würden.

Anschließend führte Jürgen Wagner am Beispiel des Sudan aus, wie westliche und vor allem deutsche Interessenspolitik fast zwangsläufig zu einem Bürgerkrieg und damit einer humanitäre Katastrophe führen wird, in den dann aus angeblich moralischen Gründen militärisch eingegriffen werden müsse. Ein unter westlichen Interventionsdrohungen zustande gekommenes „Friedensabkommen", so Wagner, beinhalte, dass sich der Südteil des Landes im Jahr 2011 abspalten könne. Sämtliches Öl des Sudan befinde sich im Süden, werde aber derzeit noch ausschließlich über den Norden abtransportiert, was augenblicklich eine Abspaltung unmöglich macht. Aus diesem Grund sei ein deutsches Investitionsprojekt (unter Leitung der deutschen Firma Thormählen) in Höhe von 8 Mrd. Dollar, eingefädelt von Bundeskanzler Gerhard Schröder, „staatliche Sezessionshilfe", so Wagner, da hierdurch die Voraussetzungen für eine Abspaltung geschaffen würden. Am Beispiel Sudan zeige sich, dass deutsche Wirtschaftsinteressen und deutsche Militäreinsätze Hand in Hand gingen.

Auf dem Abschlusspodium, präsentierten unter anderem das Netzwerk Peoples Global Action (Marc Amman), eine Kampagne gegen den Militärstandort Spangdahlem (Markus Pflüger von der AGF-Trier) und ein Fahrradmarathon gegen Militärstandorte (Roland Blach von der DFG-VK), ihre praktische Arbeit. Claus Schreer vom Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München rief zur Beteiligung an den Protesten gegen die Münchener Sicherheitskonferenz am 3. und 4. Februar auf. Danach wurde mit breiter Beteiligung diskutiert, mit welchen Themen sich die Friedens- und Antikriegsbewegung in der nächsten Zeit auseinandersetzen sollte.

Die Ergebnisse des achten IMI-Kongress lassen sich mit den vier Kernforderungen zusammenfassen:

- **Keine Eskalationsstrategie gegenüber dem Iran**
- **Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan**
- **Keine Militarisierung der EU**
- **Keine Zusammenarbeit mit dem Militär, auch nicht im Rahmen vermeintlich „ziviler" Krisenprävention.**

*www.imi-online.de* ■

Namen auf „Schindlers Liste“ notiert wurden. Auf diese Weise konnten über 1000 Menschen vor der Ermordung gerettet werden. „Es sind heute 6000 Personen, die Schindler ihr Leben verdanken“, sagt Pemper.

Es war, wie Pemper oft erzählt hat, der anhaltende Erfolg des Films „Schindlers Liste“, der ihn ermutigt hat, über seine Erfahrungen zu sprechen – zuvor hatte er sehr zurückgezogen gelebt, aus Furcht vor Racheakten der Nazis. Seit dem Erfolg des Films tritt er ohne sich zu schonen in Veranstaltungen auf, in Schulen ebenso wie im Fernsehen; Honorare spendet er. Nun, 85-jährig, konnte er dafür gewonnen werden, die Erinnerungen in einem Buch zusammen zu fassen.

Mietek Pemper ruft in den Schlussworten seines Buches dazu auf, „weiterhin unermüdlich zur politischen und menschlichen Sensibilisierung beizutragen und tagtäglich in einer Welt der Inhumanität deutliche Zeichen der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung zu setzen“. *mif* ■

**Mietek Pemper, Der rettende Weg: Schindlers Liste – die wahre Geschichte. Aufgezeichnet von Viktoria Hertling und Marie Elisabeth Müller. Hoffmann und Campe, 2005, 287 Seiten, 21 Euro.**

## Ein gutes Angebot für die Politische Bildungsarbeit: Josef – genannt Jupp

**Porträt eines Antifaschisten**
**Ein DVD-Film von Olaf Klein, Christel Priemer und Ulrich Sander**

März 1953: In Duisburg wird ein Landtagsabgeordneter in ein Auto gezerrt und verschleppt. Seine Verfolger sind Karlsruher Staatsanwälte. Sie stecken ihn mehr als fünf Jahre ins Zuchthaus. Zwar werden ihm keine Verbrechen oder Vergehen nachgewiesen. Die Behauptung genügte, er wolle „Hochverrat“ begehen und ein „bolschewistisches Gewaltregime“ errichten. Aus dem Krieg war der junge Düsseldorfer Katholik Josef Angenfort mit dem Schwur „Nie wieder Krieg und Faschismus“ heimgekehrt. Er wurde Bundesvorsitzender der FDJ und KPD-Politiker. Und prominentestes Opfer der heute aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängten bundesdeutschen politischen Justiz des Kalten Krieges. Zehntausend aus FDJ und KPD und andere Linke wurden für ihre Gesinnung, ihr Eintreten für die Friedensbewegung und die Wiedervereinigung eingesperrt. Jupp, wie ihn seine Freunde und Genossen nennen, schildert seinen Weg vom Kriegsgefangenen, der fürch-

tete, von den Sowjets erschossen zu werden, zum antifaschistischen Aufklärer unter deutschen Soldaten. Er schildert seinen Fluchtweg aus der Haft in München-Stadelheim, seine Rückkehr nach Düsseldorf, erneute Haft und Freilassung nach der Kampagne: „Jagt die braunen Richter fort – Freiheit für Jupp Angenfort“. Bis heute ist er dabei geblieben – in der Friedensarbeit und in seiner VVN. Dies ist der ungewöhnliche Bericht eines Zeitzeugen, der den Jüngeren viel zu sagen hat und die Erinnerung der Älteren bereichert – der Bericht über eine Vergangenheit, die fast vergessen ist.

**Bei Überweisung von 15,- Euro (Subskriptionspreis) auf das Konto VVN-BdA NRW Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Nr. 282 12 - 435 (bis 15. Dezember 2005, mit genauer Anschrift) wird noch bis Weihnachten ausgeliefert. Ab 1. 1.06 20,- Euro.**

## Königsplatz – Odeonsplatz Hitlers Schatten

Bis auf den heutigen Tag tut sich die Landeshauptstadt München schwer mit ihrer Vergangenheit als „Hauptstadt der Bewegung“ in der NS-Zeit. Die Stadt verfügt bis heute über kein zentrales NS-Dokumentationszentrum. Im Stadtbild sind die meisten Spuren der NS-Ära vertuscht, wenn nicht gar ausgelöscht. Gleich zweimal lud der Münchner Verein „Bücher & mehr“ im November zu Veranstaltungen ein, die die Bedeutung des Königsplatzes und des Odeonsplatzes für die NS-Zeit erklärten.

In diesem Herbst ist im Berliner Verlag Christoph Links das Buch „Der Königsplatz in München“ von Peter Köpf erschienen. Es trägt den Untertitel „Ein deutscher Ort“. Warum nimmt sich ein Berliner Verlag eines ureigenen Münchner Themas an? Der Ch. Links Verlag betreibt seit Jahren Spurensuche an Orten und Plätzen in Deutschland, die während der NS-Zeit eine besondere Bedeutung hatten. Unter der Rubrik „Geschichte in Bild und Text“ sind Bücher zu finden über den „Mythos Reichsautobahn“, „Nürnberg – Ort der Massen“, „Goebbels’ Waldhof am Bogensee“, über die „Paradiesruinen“, das KdF-Seebad in Prora auf Rügen oder über den „Nachbar Hitler“ auf dem Obersalzberg. Der Verleger lud Peter Köpf zum Buchprojekt ein, weil sich das Thema gut in das Verlagsprogramm einfügt.

Zur Buchpräsentation hatten Ulrich Chaussy (Verein „Bücher & mehr“, Publizist, unter anderem Coautor des Buchs „Nachbar Hitler“), der Verleger und Peter Köpf in das Kulturzentrum am Gasteig eingeladen. Christoph Links berichtete von Widerständen, die es zu überwinden galt, bis etwa die in seinem Verlag erschienenen Bände über das Reichsparteitaggelände in Nürnberg oder das Buch über den „Nachbar Hitler“ in den dortigen Dokumentationszentren ausgelegt wurden.

Manche Historiker versuchen, Münchens Bedeutung für den Aufstieg der Nationalsozialisten und die Rolle der Stadt während der Nazizeit mit dem Hinweis zu relativieren, dass mit 1933, dem Jahr der Machtübernahme der Nazis, sich der Schwerpunkt nach Berlin verlagert habe. Das ist richtig, verschweigt aber, dass München als Stadt des Nazikults, gleichsam als pseudoreligiöses Zentrum, eine herausragende Bedeutung behielt, ganz abgesehen davon, dass rund um den Königsplatz in der Maxvorstadt nicht nur die Leitung der Partei, sondern auch die Dienststellen der Unterorganisationen ihren Sitz hatten. Von hier aus spann sich das Netz der NS-Bürokratie über das gesamte Reich.

Was ist am Königsplatz deutsch, schmücken ihn doch Bauten im klassisch-hellenischem Stil? So entwarf Leo von Klenze im Auftrag des Königs Ludwig I. den Platz. Doch von Beginn an stand nicht nur der Wunsch des Königs Pate, mit der architektonischen Nachbildung klassischer Bauten seine Begeisterung für „Hellas“ in Stein verewigen zu lassen. Gegen viel Spott und Kritik wegen der verschwenderisch hohen Geldausgaben für die „königlichen“ Bauten bestand Ludwig I. auf der Ausführung der Bauwerke. Des Königs Begeisterung für die klassische Antike bereitete gleichsam die von ihm ebenso enthusiastisch betriebene Besinnung auf die nationale Geschichte, stets verstanden als Demonstration einer explizit antifranzösischen und gegenaufklärerischen Einstellung des Regenten. Der „teutsche“ König sorgte denn auch für die Wahl der Straßennamen: Arcisstraße und Brienner Straße weisen auf Orte in Frankreich, wo bayerische Soldaten siegreich gegen Franzosen kämpften. So ließ eine nationalistische Politisierung des Königsplatzes nicht lange auf sich warten. Ludwigs I. Beerdigung 1868, die Feier zu Bismarcks siebzigsten Geburtstag mit militärischem Zeremoniell im Jahre 1885, die Verabschiedung bayerischer Landwehr in

## Abrechnung angekündigt

Nationalzeitung 49-06

MÜNCHEN. Der kürzlich wegen seiner Verbindungen zur „Deutschen Nationalzeitung“ und zur NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ als Vorstandsvorsitzender der „Yehudi-Menuhin-Stiftung“ amtsenthobene Gerard Menuhin will mit seinen Kritikern abrechnen. Der „FZ-Verlag“ des Millionärs und DVU-Chefs Gerhard Frey kündigt für Anfang 2006 die Herausgabe eines Buches mit dem Titel „Die Antwort. Ein jüdischer Wahrheitssucher kämpft gegen die Maulkorb-Mafia“ von Gerard Menuhin an. Das Buch werde eine „Abrechnung mit der Maulkorb-Mafia“, eine „Enthüllung über Machenschaften hinter den Kulissen“ und gerichtet „gegen Kollektivanklagen, die ein ganzes Volk diskriminieren sollen“, heißt es in der „Deutschen Nationalzeitung“ (49/05). Gerard Menuhin, Sohn des 1999 verstorbenen Musikers und Dirigenten Yehudi Menuhin, der ab 1976 dem Ehrenpräsidium der „Furthwängler-Gesellschaft“ angehörte, will auch seine Kolumne in der „Deutschen Nationalzeitung“ fortsetzen. Für seine Buchveröffentlichung habe er „in langjähriger Recherche“ Material zusammengetragen, mit dem er nun in den „literarischen Ring“ steigen wolle. Gerard Menuhin kenne manche „Große“ dieser Welt, die „bei näherer charakterologischer Betrachtung zu Wichtelmännern werden“. Er werde den „Blick freigeben auf ein Lügengemäuer von Meinungsmanipulateuren, die auf ewig deutsche Schuld und Sühne zementieren wollen“. Auch die Geschichte seiner Familie will Menuhin in dem Buch darstellen.

Schon Großvater Moshe Menuhin war bis zu seinem Tod im Jahr 1982 Mitarbeiter der „Deutschen Nationalzeitung“.

*hma* ■

## Pro Köln trifft FPÖ

nation24.de, 3. Quartal 2005

Pro Köln pflegt auch weiterhin gute Beziehungen zur FPÖ. Wie die neueste

Bernd Schöppe und Andreas Guggenberger

Ausgabe der Zeitung der Ratsfraktion von „pro Köln“ berichtet, traf sich Pro-Köln-Ratsmitglied Bernd Schöppe mit Vertretern der FPÖ in Wien. Nach Haiders Ausstieg habe die Wahl in Wien gezeigt, dass die FPÖ sich als dritte Kraft in Österreich wieder stabilisiert habe. Pro Köln und die FPÖ hätten im Wahlkampf ähnliche Themen angesprochen: „Kriminalität, Islamisierung und die Mißachtung der Bürgerinteressen durch die großen Parteien und Apparate“. Im nächsten Jahr sollen die Kontakte durch den Besuch eines FPÖ-Vertreters in Köln fortgesetzt werden.

Die vierteljährlich erscheinende „nation24.de“ von Manfred Rouhs erscheint mit einer verspäteten 3. Quartalsausgabe. Im Editorial freut sich Rouhs noch einmal über den Papstbesuch in Köln: „Nahezu alle Pilgergruppen führten neben Glaubenssymbolen auch ihre Nationalfahnen mit!“ „Das taten sogar die Deutschen!“ „All jene Tugenden, die von bestimmten Ideologen als sekundär abgetan werden, erwiesen sich im August in Köln als zukunftsweisend“, so Rouhs. Den Patriotismus des Papstes lobend (der sagte zur Begrüßung: „Zum ersten Mal nach meiner Wahl auf den Stuhl Petri stehe ich heute auf dem Boden meines lieben Vaterlandes, Deutschland“) versteigt sich Rouhs in poetische Höhen: „Stabile Gemeinschaften tragen besser – und weiter. Sie sind nicht die Asche, sondern jene Glut der Vergangenheit, die uns auch im 21. Jahrhundert Wärme und Geborgenheit geben kann, die es für die Zukunft zu bewahren gilt!“ Zu empfehlen ist in diesem Fall wohl der Eintritt in ein Kloster.

Einen Gleichgesinnten hat Manfred Rouhs in Helmut Markwort, dem Herausgeber des Focus gefunden. Der hat der FAZ ein Interview gegeben, in dem Rouhs all das wiederfindet, was auch ihn bewegt. Gefragt danach, wie gravierend für ihn heute die Auseinandersetzung der Kulturen, des Islam und unserer Gesellschaft sei, antwortet Markwort: „Der Islam ist in der Phase, die das Christentum hinter sich hat: Er ist vital, kräftig, missionarisch, auch kreuzzüglerisch. ... Das Christentum ist lau. Die Leute treten aus und ein, werden nur noch in Karteien geführt, das stört niemanden. Wer dagegen aus dem Islam austritt, der wird verfolgt.

Das zweite Problem ist sozialer Art: Deutschland ist nicht aufnahmefähig für die Millionen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns wollen.“ Und weiter: „Ich weiß nicht, in welchem Milieu mein Enkel aufwächst. Ob er zu einer Minderheit gehören wird, ob er eine Eigentumswohnung hat, die rund um die Uhr bewacht werden muß. Die Deutschen werden immer weniger. Deswegen weiß ich nicht, welche Rolle sie spielen. Wir können nur hoffen, daß die vielen Zuwanderer, die wir erwarten, sich assimilieren.“

Dass Rouhs so ausführlich und zustimmend aus diesem Interview zitiert, zeigt wie fließend die Übergänge zwischen reaktionär konservativen Ansichten und offen völkisch geprägten neofaschistischen Positionen ist. Rouhs braucht da gar nicht mehr viel selbst argumentieren. „Das deutsche Volk stirbt aus – „Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land“ – die vielen Ausländer sind an der sozialen Misere schuld“ – diese Positionen vertritt Pro Köln in allen Varianten und begrüßt es natürlich, sich dabei auf die FAZ berufen zu können. *u.b.* ■

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

**„2000 Euro für die Antifa-Nachrichten bis Jahresende“**

**Inzwischen sind**

**1665,- Euro**

**eingetroffen. Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern! Spendenkonto: GNN-Verlag Kto.Nr. 10419507, Postbank Köln, BLZ 370 100 50**